

Mag. Norbert Totschnig, MSc
Bundesminister für
Landwirtschaft, Regionen und Tourismus

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.313.949

Ihr Zeichen: BKA - PDion
(PDion)10845/J-NR/2022

Wien, 27. Juni 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Maximilian Lercher, Kolleginnen und Kollegen haben am 27.04.2022 unter der Nr. **10845/J** an meine Amtsvorgängerin eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Arbeitsdruck bei der Post“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 9 sowie 11 bis 13:

- Möchten Sie die Arbeitsbedingungen bei staatsnahen Unternehmen im Allgemeinen verbessern?
 - a) Wenn ja, wie?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
- Warum wurde das Arbeitsinspektorat von Ihrem Ministerium (durch das Streichen von wichtigen Ressourcen) geschwächt?
- Die höchsten durchschnittlichen Vorstandsbezüge bezahlen seit Jahren die Post (ca. 2.535.700 Euro), die Abbaumanagementgesellschaft des Bundes (ca. 2.078.700 Euro) und der Verbund (ca. 890.200 Euro). Alle drei Unternehmen gelten als staatsnah und sind börsennotiert. Wie rechtfertigen Sie diese hohen Bezüge im Vergleich zu den restlichen Löhnen und Gehältern in diesen Betrieben?

- Möchten Sie die Arbeitsbedingungen bei der Post im Konkreten verbessern?
 - a) Wenn ja, wie?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
- Warum wurden die Verbundzusteller*innen der Post bis jetzt noch nicht in die „Schwerarbeit-Berufsliste“ aufgenommen?
- Haben Sie vor, die Verbundzusteller*innen der Post in die „Schwerarbeit-Berufsliste“ aufzunehmen?
 - a) Wenn ja, wann wird dies erfolgen?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
- Aufgrund des steigenden Paketvolumens ist davon auszugehen, dass mehr Personal benötigt wird. Welche zusätzlichen Mittel stellen Sie hierfür bereit?
- Wie wollen Sie sicherstellen, dass neue Mitarbeiter*innen bei der Post AG verbleiben und nicht nach kurzer Zeit das Unternehmen wieder verlassen? Die Fluktuation bei der Post AG ist signifikant hoch.
- Hat die Post zusätzlich auch noch Verträge mit selbstständig tätigen Paketzusteller*innen, bzw. Zusteller*innen welche auf Werkvertragsbasis für die Post arbeiten? Haben Sie vor, diese Praxis der Umgehung von arbeitsrechtlichen Schutzvorschriften und dergleichen zu beenden und diese Mitarbeiter*innen in das Unternehmen einzugliedern?
 - a) Wenn ja, wann und wie?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
- Die Gewinne der Post steigen seit Jahren. Aufgrund dessen wäre es wohl wirtschaftlich sinnvoll, die staatlichen Anteile der ÖBAG an der Post zu erhöhen. Gibt es hierzu bereits Überlegungen?
 - a) Wenn ja, welche?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
- 2018 wurde festgehalten, dass weitere Privatisierungen von Anteilen der ÖBAG an der Post „aktuell nicht angestrebt“ werden. Gilt das immer noch?
 - a) Wenn ja, wo ist dies schriftlich festgehalten?
 - b) Wenn nein, wann und aus welchen Gründen sollen Anteile veräußert werden?
- Was gedenken Sie zu unternehmen, um die Post aufgrund ihrer vielseitigen und risikoreichen Auslandsgeschäfte in Zeiten der Krise (Corona-Pandemie, Ukraine-Krise, Rekord-Inflation etc.) aufzufangen? Vor allem in der Türkei dürfte sich dies als Problem herausstellen. Wird die österreichische Post hier voraussichtlich mit Geldern einspringen müssen?

- a) Wenn ja, handelt es sich hierbei um Gelder des österreichischen Staatshaushaltes und in welcher Höhe werden sie sich belaufen?

Angelegenheiten betreffend die Arbeitsbedingungen bei der Österreichischen Post AG fallen nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus.

Weiters wird darauf hingewiesen, dass die Eigentümerfunktion an der Österreichischen Post AG im Kompetenzbereich des Bundesministers für Finanzen liegt.

Zur Frage 10:

- Eine weitere Form der Ausgliederung ist die Umwandlung von Postfilialen in sogenannte Postpartner. Die Post spart so Personal und Miete. Allerdings geht so auch eine Vielzahl an Arbeitsplätzen verloren. Haben Sie vor, diesem Vorgehen in Zukunft entgegenzuwirken?
 - a) Wenn ja, wie?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

Die Möglichkeit der Schließung von eigenbetriebenen Postfilialen ist im Postmarktgesetz vorgesehen. Gemäß § 7 Abs. 3 Postmarktgesetz darf eine Schließung nur dann erfolgen, wenn die kostendeckende Führung dauerhaft ausgeschlossen ist und die Erbringung des Universaldienstes durch eine andere eigen- oder fremdbetriebene Post-Geschäftsstelle gewährleistet ist. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen wird in jedem Einzelfall von der Post-Control-Kommission geprüft. Die Zweckmäßigkeit der derzeit geltenden Regelungen des Postmarktgesetzes wird im Zuge der Arbeiten zur Novelle, welche aufgrund der zu erwartenden Änderungen der Postrichtlinie erforderlich sein wird, geprüft.

Mag. Norbert Totschnig, MSc

